

Bundesministerium für Gesundheit, 11055 Berlin

Mitglied des Deutschen Bundestages
Herrn Dr. Götz Frömming
11011 Berlin

Sabine Dittmar
Parlamentarische Staatssekretärin
Mitglied des Deutschen Bundestages

Berlin, 6. Februar 2023

Schriftliche Frage im Monat Januar 2023
Arbeitsnummer 1/372

Sehr geehrter Herr Kollege,

Ihre Frage beantworte ich wie folgt:

Frage Nr. 1/372:

Hat die Bundesregierung während oder nach der Corona-Pandemie US-Medienkonzerne wie Twitter, Facebook, Youtube, Tiktok oder Google aufgefordert, Veröffentlichungen von Nutzern, die dem offiziellen Narrativ widersprechen, zu ändern, zu unterdrücken (Shadowban) oder zu löschen?

Antwort:

Die Bundesregierung hat keine Aufforderungen im Sinne der Fragestellung getätigt. Sie nimmt keinen Einfluss auf etwaige Inhalte oder Meinungsäußerungen, die auf den vom Fragesteller aufgezählten Plattformen veröffentlicht werden. In Einzelfällen weist die Bundesregierung Anbieter sozialer Netzwerke auf strafbare Inhalte hin, die von Nutzerinnen und Nutzern auf Social-Media-Auftritten der Bundesregierung veröffentlicht werden. Diese Hinweise erfolgen über die nach dem Netzwerkdurchsetzungsgesetz (NetzDG) vorgesehenen Wege und betreffen rechtswidrige Inhalte im Sinne des NetzDG (vgl. dort § 1 Absatz 3 NetzDG).

Mit freundlichen Grüßen

